

Ist die Energiewende ein sozial-ökologischer Prozess!?

Sichtweisen einer Geschlechterforscherin
und eines Raumplaners

Julia Gabler und Axel Priebis im Interview mit Martina Hülz und Tanja Mölders

Drei Fragen an die Soziologin Julia Gabler und den Raumplaner Axel Priebis – ein Versuch, die beiden Welten der Geschlechterforschung bzw. des Feminismus und der Raumplanung zusammenzubringen.

Das Gespräch fand am 23. April 2024 statt.

Herr Priebis, Sie sind Raumplaner. Was macht aus Ihrer Sicht die Energiewende zu einem sozial-ökologischen Transformationsprozess?

Axel Priebis: Die Frage dabei ist, wie wir einen sozial-ökologischen Transformationsprozess definieren. Ich fand eigentlich den Begriff der »großen Transformation« gut, weil es praktisch in allen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen gibt, wenn man die Gesellschaft ökologisch und zu mehr Klimagerechtigkeit umbaut. »Sozial-ökologische Transformation« ist vielleicht insofern präziser, als dieser Begriff aus zwei Wortbestandteilen besteht. »Sozial« betrifft die Gesellschaft und das gesellschaftliche oder auch das individuelle Verhalten. Und »ökologisch«? Gerade die Energiewende ist im Kern ein wichtiger Beitrag zur Ökologie. Die Eindämmung von Schadstoffen und CO₂-Emissionen ist ein ökologisches Projekt.

Aus meiner Sicht ist die Energiewende an der Schnittstelle beider Begriffe angesiedelt. Sie ist zum Teil sehr technisch, aber sie dringt auch in die alltäglichen Verhaltensweisen ein. Energiewende bedeutet nicht nur, Windenergieanlagen aufzustellen und fossile Brennstoffe einzudämmen oder zu substituieren. Energiewende ist auch elementar mit menschlichem Verhalten ver-

knüpft. Wenn wir in den Energiewendeprozessen nur konventionelle oder fossile Energien durch erneuerbare Energien ersetzen, kommen wir nicht an dem Problem vorbei, dass sich der Energieverbrauch der Gesellschaft immer weiter steigert. In der öffentlichen Diskussion wird dieser Punkt vernachlässigt. Als Umweltdezernent habe ich immer die Meinung vertreten, dass die größten Einsparpotenziale im individuellen Verhalten liegen.

Wenn wir den Planeten retten wollen, dann ist die Energiewende ein Kernbestandteil. Für mich gehört da auch die Mobilitätswende dazu, es gibt Überschneidungen zwischen beiden. Aber beides – Energiewende wie Mobilitätswende – bedeutet eine sehr langwierige und sehr tiefgreifende Umstellung der Gesellschaft.

Das ist ein interessanter Einstieg ins Thema. Frau Gabler, was bedeutet es aus Geschlechterperspektive, auf Energiewendeprozesse zu schauen?

Julia Gabler: Es ist interessant, dass wir den ökonomischen Bereich gar nicht mit in die Transformationsdefinition integrieren. Dabei bedeutet »sozial-ökologisch«, die Handlungsräume der Individuen ökologisch zu betrachten, weil wir auf Emissionsreduktionen abzielen. Aber dass in dieser Transformation ganz substanziell auch ökonomische Produktionsprozesse mitgedacht werden müssen, weil sie anders organisiert werden müssten, ist eine aus der feministischen Kritik immer wieder hervorgetragene Blindstelle des Diskurses. Im Energiewendediskurs klammern wir das nämlich immer aus: Wir glauben, dass die Transformation im Rahmen derselben Konsum- und Produktionsniveaus der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft funktioniert und sich allein auf soziale und ökologische Bereiche fokussieren lässt, so, als ob diese Bereiche unabhängig vom ökonomischen Produktionsprozess einer Gesellschaft wären.

Wir wissen alle, dass das nicht der Fall ist. Gleichzeitig verwenden wir ökonomische Indikatoren immer wieder als Kriterium für erfolgreiche Transformationsprozesse, z.B. den Green Deal. Dies gilt auch für attraktive ökonomische Investitionen, die erst einmal wirtschaftskonform sind und erst in zweiter und dritter Linie ökologischen und sozialen Ansprüchen gerecht werden. Das ist doch interessant. Wir lavieren um ökonomische Fragen herum, gleichzeitig ist aber der *elephant in the room*, denn wenn wir die Systemfrage stellen, dann landen wir entweder im Sozialismus oder in der Anarchie oder irgendwie im totalen Chaos. Ich glaube, wir unterschätzen die Fähigkeit, dass wir

gesellschaftlich durchaus mit komplexen Fragen umgehen und zugleich ökonomische Debatten führen können und müssen.

Ich habe das Gefühl, die Diskussion und die Perspektive dafür, was wir unter sozial-ökologischer oder großer Transformation verstehen wollen, ist nicht aufgeschlossen genug. Dabei braucht es alle Perspektiven, um für alle schlüssige Lösungen zu finden. Daraus erwachsen natürlich Konflikte, aber wir müssen in Zukunft lernen, mit diesen Konfliktpotenzialen besser umzugehen.

Und zu den Geschlechterperspektiven: Wir haben 2015 mit der Forschung zu verschiedenen Perspektiven auf Abwanderungen nach dem Strukturumbruch 1989/90 begonnen. Es geht um die De-Ökonomisierung und die Strukturschwächung in den ländlichen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland.

Die Phase der Energiewende oder des Kohleausstiegs der Lausitz provoziert aus der Geschlechterperspektive diese Aussage: Mit dem Strukturbruch 1989/90 wurde einer Idee des Wirtschaftswachstums gefolgt, die bestimmte soziale Ordnungen oder soziale Kriterien außer Acht gelassen hat. Die Beschäftigtenquote von Frauen betrug zu DDR-Zeiten über 80 %. Der Strukturumbruch hat eine enorme Ungleichheitsspirale der Geschlechter ausgelöst, die darin mündete, dass überproportional viele Frauen die ländlich gelegenen Industrieregionen Ostdeutschlands verlassen haben. In der Strukturpolitik der letzten 30 Jahre ist nichts passiert, was insbesondere Frauen und auch immer mehr junge Menschen dazu bewegt, sich für diese Regionen zu entscheiden, hier zu verbleiben und Arbeit und Lebensräume zu entwickeln.

Das sind übrigens Beobachtungen, die man auch in vielen Orten der alten Bundesrepublik machen kann. Auch hier wird deutlich, dass die ländlichen Räume den ökonomischen Paradigmen nicht mehr ohne Weiteres folgen wollen. Dass auch hier das Fehlen von Arbeitskräften, mangelhafte Verbleibeperspektiven und Fragen der Aufrechterhaltung von Lebensqualität wichtige Themen sind.

Wenn wir jetzt wieder die Chance haben, einen Strukturwandelprozess mitzugestalten, ist das Thema Energieversorgung eines, mit dem immer wieder Geschlechterfragen adressiert werden. Das betrifft sowohl Konsument:innenfragen als auch den Bereich der Produktion, d.h. die kleinräumige Erneuerbare-Energie-Produktion in Form von Genossenschaften etc. sowie den Bereich von Arbeitskräften und -kulturen. Deswegen bin ich mit dem Begriff der »großen Transformation« auch insofern einverstanden, als wir in dieser konkreten sozial-ökologischen regionalen Transformation der Lausitz sagen: Alle Lebenswelten und Lebensbereiche sind betroffen. Herr Priebs hat sie schon genannt.

Gleichsam geht es darum, deutlich zu machen, dass es für Gruppen wie Frauen in ländlichen Räumen nicht nur für den Verbleib relevant ist, sie jetzt in den Energiewendeprozess miteinzubeziehen, sondern auch in die Ausgestaltung mit Blick auf nachhaltige und soziale Gerechtigkeitsfragen. Das müssen wir übersetzen, indem wir auch Akteur:innen einbinden, die diese Fragen im Prozess stellen: Mobilität, angstfreie Räume, Zuhören und Teilhabe am politischen Prozess, soziale Nahversorgung. Die Fragen sind relevant und die Bereitschaft muss immer wieder aufgebracht werden, gemeinsam Antworten zu finden. In den Transformationsregionen wie der Lausitz schlummert Wissen, das wir gesellschaftlich nicht aufgeschlossen haben. Das ist genau das, was wir hier in Ostsachsen machen.

Wie viel transformativen Anspruch, also im Sinne von »gesellschaftliche Verhältnisse verändern wollen«, hat Raumplanung eigentlich? Will Planung das überhaupt oder ist das eine Überfrachtung dessen, was wir uns als eher sozialwissenschaftlich denkende Personen hier zusammenreimen, dass Planung das leisten könnte? – Herr Priebs, möchten Sie zuerst antworten?

Axel Priebs: Wir haben wahrscheinlich alle ein unterschiedliches Planungsverständnis. Ich unterstelle jetzt einmal, dass wir vor allem über Raumplanung, also die öffentliche Planung auf Stadt-, Regions- und Landesebene sprechen.

Da muss man sich fragen: Wer macht eigentlich Planung? Es gibt da diese landläufige Vorstellung, dass das vor allen Dingen die Planerinnen oder die Planer sind. Aber de facto ist das ein sehr kompliziertes Zusammenspiel von Politik und Planenden. Ich bin von meinem Gesellschaftsverständnis her der Meinung, dass die Politik da eigentlich sogar an erster Stelle steht. Politik definiert, bestimmt und entscheidet letztendlich, wie ökologisch oder transformativ die Planung ist. Gleichwohl sind natürlich wir, die im öffentlichen Bereich als Planerinnen und Planer tätig sind, diejenigen, die eine sehr starke, beratende und auch prägende Funktion haben. Wir werden von der Politik in der Regel als Fachleute anerkannt und haben sehr weitgehende Möglichkeiten, Vorschläge und Vorlagen zu machen. Auch inhaltliche Überzeugungsarbeit können wir leisten. Ich habe es immer als sehr positiv gesehen, was Politik bereit ist, mitzutragen. Gleichwohl lernt man als jemand, der in der öffentlichen Verwaltung tätig ist, aber auch, wann man an Grenzen kommt, was man der Politik zumuten kann.

Persönlich finde ich diese Arbeitsteilung vom Grundsatz her richtig – zwischen einer legitimierten Politik, die letztendlich entscheidet, wohin es geht,

und der Aufgabe von Planerinnen oder Planern, ihre fachlichen Überzeugungen nach Möglichkeit einzubringen. Das ist mein Grundverständnis.

Ich glaube schon, dass wir leider ein bisschen dazu tendieren, Planung heute stärker als einen normalen Bereich der Verwaltung zu sehen, als dass wir die Gestaltungsmöglichkeiten umfänglich nutzen, über die Planung verfügt.

Insgesamt hat man bei der Frage der sozial-ökologischen Transformation sehr viele planerische Möglichkeiten. Wachstumskritik oder auch nicht-wachstumsorientierte Inhalte in die Planung hineinzutransportieren, wird allerdings schon schwieriger, da die derzeitige gesellschaftliche und politische Grundhaltung doch noch sehr konventionell ist. Konkret heißt das: Gewerbegebiete werden weiterhin bevorratet. Wachstum ist und bleibt ein beherrschendes Paradigma, das aber immer wieder an seine Grenzen kommt. Da hängt man dann auch, wenn man als Planer oder Planerin tätig ist, von den politischen Aufträgen ab.

Die Wachstumsorientierung ist einerseits ein Problem, andererseits gibt es tatsächlich gerade im Umland von großen Städten zunehmend Gemeinden, die sagen: »Wir wollen nicht mehr wachsen!« Doch auch das kann man vor dem Hintergrund des Wohnungsbedarfs nicht durchweg gutheißen, weil das kein idealistisches Nichtwachsen ist. Man hat nicht die Grenzen des Wachstums erkannt, sondern man will einfach keine neuen Leute mehr bekommen. Man wohnt in der ersten Reihe und will nicht, dass da zwei oder drei Reihen davorgebaut werden. Die Devise ist da eher: Neue Leute bringen neue Probleme. Dieses Nullwachstum entspricht sicherlich einem gewissen Sättigungsgrad, aber es ist nicht Einsicht in die Vernunft – dass wir insgesamt nicht mehr das Wachstumsprinzip an erste Stelle setzen –, sondern eher ein sehr egoistisches »Wir sind wir, und wir sind uns genug«-Nullwachstum.

Was ich generell aus meiner Erfahrung einbringen würde: Planung ist weniger idealistisch geworden. Der Gestaltungswille oder die intrinsische Motivation, etwas in eine Richtung zu gestalten, die man selber aus fachlicher Überzeugung als eine bessere empfindet, hat in den letzten Jahrzehnten stark gelitten.

Julia Gabler: Diese Dilemmata können wir sozialwissenschaftlich gut kontextualisieren. Wir wissen, dass wir uns in dieser ambivalenten Moderne befinden, die enormes Gerechtigkeitsbewusstsein angehäuft hat. Gleichzeitig verharren wir in ihren praktischen Dilemmata, weil diese nicht ohne Weiteres auflösbar sind – ich glaube, sie sind gar nicht auflösbar. Vielmehr müssen wir

mit dieser Unauflösbarkeit versuchen, eine Politik zu finden. Dieser Anspruch widerspricht aber unseren politischen Prozessen.

Als ich 2021 in den regionalen Begleitausschuss für Geschlechterfragen berufen wurde, sagte man mir, ich sei da jetzt mit Blick auf den Kohleausstiegsprozess und die Strukturförderung die kommenden 20 Jahre. Gleichzeitig wurde in den ersten eineinhalb Jahren im Grunde das gesamte Budget ausgegeben. Ich habe immer gefragt: »Wieso machen wir das denn so hektisch? Lasst uns doch erstmal über das Problemverständnis reden.« Aber die politische Aufgabe war vielmehr, schnell zu zeigen, dass hier Resultate für die Bevölkerung geschafft werden. Der Kohleausstieg wurde mit dem Versprechen verbunden, dass er schnell neue Arbeitsplätze generiert und kein zweites »1989/90« mit Massenarbeitslosigkeit schafft. In praktischen Prozessen und Projektzuweisungen konnten die inhaltlichen Kriterien von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit im Sinne der regionalen Wirksamkeit, des ökologischen Ressourceneinsatzes und sozialer Gerechtigkeit kaum umgesetzt werden. Viele Akteur:innen hatten klare Vorstellungen, andere wussten gar nicht was mit dem Fördergeld geleistet werden soll. Der Konflikt zwischen Beteiligungsanspruch, der – juristisch – ebenfalls an diesen Strukturwandelprozess geheftet wurde und den Enttäuschungen wie das Verfahren umgesetzt wurde, war vorprogrammiert.

Mir brach immer schon der Schweiß aus, wenn der Ministerpräsident wieder einlud, um über völlig neue Ideen zu reden und »alle« daran beteiligt werden sollten. Denn ich wusste ja gleichzeitig, dass die Liste derjenigen Projekte, die die Landesregierung auf jeden Fall umsetzen will, schon unterzeichnet ist und eigentlich die Mittelbindung schon kurz vor der Zustimmung war und dass dieses Vorgehen in einem Konflikt münden wird. Die Frage ist: Wie können wir mit diesen konflikthaften Prozessen eigentlich politisch, aber auch planerisch, umgehen? Und wie können wir das Bewusstsein dafür auch in Prozesse integrieren?

Ich beobachte, dass das Konkurrenzprinzip eigentlich immer dominant ist. Aus der Perspektive des »Vorsorgenden Wirtschaftens« würde ich sagen: Wir versuchen, das kooperativer zu lösen. Wir versuchen, in kooperativer Gleichzeitigkeit statt immer in konkurrierender Ausschließlichkeit zu argumentieren. Ich finde, das ist etwas, was unserer sozialen Praxis im Mehrebenenprozess auf jeden Fall fehlt! In Regionen kann das ganz gut ausprobiert werden, auch als Experimentierbühne.

Mit den »Regionalplanungskulissen« hier im ländlichen Raum an der Oberlausitz habe ich zum Beispiel gute Erfahrungen gemacht. Die verant-

wortlichen Planer sind ihre Entwicklungsaufgaben immer sehr technisch angegangen. Bislang wurden alte Häuser restauriert, um Denkmalwissen zu integrieren. Wir haben indes Beispiele aufgezeigt, wie man lebensweltliches Wissen – also Dorfbibliotheken, Dorfkinos oder Konsumgenossenschaften – mit in Planungsperspektiven integrieren kann. Die Planungsmenschen wussten nicht, wie soziale Dimensionen integriert werden können. Es ist aber nicht so, dass sie keine Erfahrung damit hätten. Gerade in der Lausitz kennen Planungsbüros, die Umsiedlungsprozesse bei Tagebauerweiterungen begleiten, ihre Aufgabe durch Neuplanung auch den Knatsch in der Nachbarschaft beizulegen, wenn die Streitparteien plötzlich durch drei Straßenecken getrennt leben können. Mit diesen unterschiedlichen Erfahrungen haben wir gemeinsam einen anderen Blick auf Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt. Bei der Evaluation von Projekten im ländlichen Raum haben wir Frauen als wirksame regionale Entwicklerinnen identifiziert. Das kann dann wiederum die Regionalplanung zum Anlass nehmen, diese Akteurinnen im Blick zu haben und ihre programmatischen Möglichkeiten entsprechend auszurichten.

Wie aus Ihren Worten, Herr Prieb, auch deutlich wurde, scheint es sehr personenabhängig zu sein, wie man seinen Planungsauftrag versteht – ob Planung den Zwängen der politischen Erfordernisse unterliegt, der pragmatischen Umsetzung oder ob Planung zur Ergebniserzeugung hinten herunterfällt.

Die Frage von Zeit ist für mich dabei ein wesentlicher Faktor: Wie können Planungsprozesse Zeit gewinnen? Wir wissen, dass mit Partizipation immer eine Diversifizierung von Bedürfnissen einhergeht. Es gilt also, Experimente zu ermöglichen und zu schauen, was in welcher regionalen Praxis eigentlich passiert, um Kooperationsfähigkeiten stärker zu üben. Daran merke ich, dass ich auch immer wieder proaktiv auf Planerinnen und Planer zugehe und immer wieder das Angebot unterbreite, gemeinsam Gelegenheiten zu schaffen, an denen wir diesen Perspektivwechsel üben. Viele Planerinnen und Planer sehen sich durch die komplexen Anforderungen aus der Gleichstellung völlig erschlagen und reagieren mit Unverständnis. Sie sehen dann gar nicht die Möglichkeit für Kooperation, sondern empfinden sich vielmehr attackiert. Wie können da Räume der Kooperation eröffnet werden?

Wir sehen uns als TRAWOS-Institut¹ in einer Art »begleitforschenden« Rolle, immer wieder bei Regionalentwicklungsprozessen zu intervenieren

1 Das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) ist ein Institut der Hochschule Zittau/Görlitz.

oder Gelegenheiten zur Kooperation zu kreieren. Ich habe den Eindruck: Wenn Gestaltungsmöglichkeiten stärker thematisiert sind und auch die betroffenen Akteur:innen integriert werden wollen, dann erhöht sich nicht nur das Verständnis für die Komplexität von Planung. Vielmehr merken dann viele Gleichstellungsbeauftragte zum Beispiel einmal: »Oje, was müssen Planungsfragen eigentlich alles integrieren?« Und andersherum stellen Planerinnen und Planer genauso fest: »Oh, was lässt sich alles aus einer gleichstellungssensiblen Perspektive gestalten?«

Eine Verschränkung der Perspektiven lohnt sich! Für mich ist das auch die einzige Möglichkeit, um mit den oben skizzierten Dilemmata umzugehen. Statt Konflikte wachsen zu lassen, können wir gesellschaftliche Formen der Kooperation entwickeln. Nur so und mit weniger Konkurrenzdenken und überzeugter Kooperationsbereitschaft kann das, was mit dem politisch-transformativem Anspruch gemeint sein kann, auch Verwirklichung finden. Diese Art der Gesellschaftsveränderung ist nicht in einem »Ruck« zu gestalten, sondern ein schrittweiser Prozess, auf den wir uns alle gemeinsam immer wieder einlassen müssen.

Gleichwohl weiß ich nicht, ob ich so richtig optimistisch bin, wie sich ein Paradigmenwechsel mit Planer:innen und mit Gesellschaftswissenschaftler:innen gestalten lässt und ob diese Partnerschaft schon hinreichend ist, um für den notwendigen Paradigmenwechsel zu mobilisieren. Ich glaube, die politischen Partner:innen wären die zentralen Akteur:innen, um dies herauszufinden: Wie lassen sich kurzfristige Entscheidungen und Legitimationsdilemmata mit der Möglichkeit von langfristiger Verbindlichkeit verknüpfen?

Herr Priebs, sehen Sie das transformative Potenzial eher bei der formellen oder eher bei der informellen Planung? Ich finde es immer ein Leichtes, zu sagen, ja, das könnten informelle Instrumente machen. Daneben steht das Argument, dass formelle Planung viel stärker sei und die machtvolle Möglichkeit hätte, transformativ zu sein.

Axel Priebs: Zuerst sehe ich keinen Widerspruch zwischen formeller und informeller Planung. Wir brauchen beide aus gutem Grund. Es gab aber mal eine Phase, in der die formelle Planung negativ konnotiert war, gerade weil sie auch stärker hoheitlich, hierarchisch und sehr verrechtlicht ist. Ich nehme mal das Stichwort »Kapitalismus« auf. Formelle Planung ist die einzige Möglichkeit, die ich als öffentlicher Akteur habe, der Optimierung der Erträge aus Grundstücksnutzung entgegenzuwirken. Mit formeller Planung setze ich da Gren-

zen. Keine Macht der Welt kann einen Gemeinderat zwingen, einen bestimmten Bebauungsplan aufzustellen. Aber selbstredend gibt es subtilere Mechanismen.

Aber im Kern entscheidet die Politik selbst: »Drucke ich das Geld, das in den Planungsämtern erzeugt wird?« Das ist ein extrem kapitalistischer Prozess. Er wird seit langem diskutiert, es ist aber leider nicht zu der häufig geforderten Planungswertabschöpfung gekommen, mit der die öffentliche Hand einen Teil der enormen Gewinne abschöpfen könnte, die in Grundstücksgeschäften und in der Grundstücksentwicklung liegen. Das gibt es nur in einem ganz engen Rahmen, etwa bei Sanierungsgebieten. Im normalen Fall ist es so, dass die Gewinne auch in private Taschen fließen. Sicherlich braucht man Investor:innen – das werden viele Gemeinden sagen –, aber mit deren Vorstellungen haben wir häufig große Probleme. Das habe ich über lange Zeit beim Thema großflächiger Einzelhandel gesehen: Die einzige Möglichkeit, da Grenzen für immer größere Projekte zu setzen, besteht im formellen Planungsrecht. Deswegen ist dieses Recht so wichtig.

Wenn ich Transformation begleiten will, dann muss ich aber auch – und das tun viele Regionalplanerinnen und Regionalplaner vielleicht nicht in genügendem Maße – die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, die mir informelle Planungsinstrumente bieten.

Ich gebe ein kleines Beispiel zum Strukturwandel des Einzelhandels und seinem Rückzug aus den kleinen Orten. Da haben wir in der Regionalplanung der Region Hannover Initiativen zur Gründung von Dorfläden gefördert. Wir haben es sogar bei der Politik geschafft, Mittel in den Haushalt einzustellen, sodass wir die Anfangsberatung finanzieren konnten und diese Initiativen überhaupt in die Lage kamen, Förderanträge zu stellen. Dieses Dorfladenprojekt ist sehr gut gelaufen. Ein Dorfladen steht für Lebensqualität in ländlichen Gemeinden und hat sicherlich auch eine wichtige demographische und Geschlechterperspektive.

Jedenfalls steht für mich fest: Ja, um zu gestalten, brauchen wir diese informellen Programme und Instrumente! Sie sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die Zukunft der Gesellschaft und des Raums zu gestalten.

Vielleicht noch ein letzter Satz, weil es um Politik ging. Natürlich führt das politische System, bedingt durch die Wahlperioden von vier oder fünf Jahren, dazu, dass die politischen Akteur:innen überlegen müssen, was sie in den vier oder fünf Jahren schaffen können. Wenn ich dann mit Dingen komme, bei denen es sich um Generationenaufgaben handelt, dann gibt es natürlich viele, die

sagen: »Ich muss jetzt erst mal schauen, dass ich hier was in der kurzen Zeit geschafft bekomme.« Aber es ist aus meiner Sicht ein großer Vorteil des Nachhaltigkeitsdiskurses, dass man bei jeder Entscheidung inzwischen die Frage einflechten kann: »Ist das wirklich sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig?« Also ist Nachhaltigkeit – richtig verstanden – auch eine Bewertungsgrundlage für kurzfristige Entscheidungen und diese Bewertungsgrundlage müssen wir meiner Meinung nach auch immer verstärkt einbringen. Diese Erkenntnis geht allerdings auch schnell verloren. Deswegen müssen wir Planerinnen und Planer als diejenigen, die in der Regel länger oder dauerhaft damit beschäftigt sind, uns bemühen, immer wieder langfristige Perspektiven und Nachhaltigkeit in die Diskussionen einzubringen.

Wir bedanken uns sehr, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch genommen haben!

Dr. Julia Gabler leitet das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) an der Hochschule Zittau/Görlitz. Sie hat seit 2020 die Vertretungsprofessur im Masterstudiengang »Management Sozialen Wandels« inne.

Prof. Dr. Axel Priebis ist Raumplaner und Verwaltungsexperte. Er war u. a. 22 Jahre verantwortlich für die Regionalplanung in der Region Hannover und ist Honorarprofessor an den Universitäten Kiel und Hannover.